

MARXISTISCHE BLÄTTER

★ Seit 1963 ★

www.marxistische-blaetter.de

BEILAGE:
Clara Zetkin (1923)
Kampf gegen
den Faschismus



**ANTIFASCHISTISCHE
STRATEGIE 1923/2023**

Mit Beiträgen von:

Ulrich Schneider (FIR), Anne Rieger (Österreich), Andreas Buderus, Matthias Fritz, Ulrich Sander, Maria Krüger, Gerhard Feldbauer, Erica Caines (USA), Joe Lauria (USA); Rezensionen zum Thema

Weitere Themen:

Atomkriegsgefahr (Scott Ritter), Brasilien (Miguel Torres/ João Carlos Juruna), Mediengesetz in der Ukraine (Maxim Goldarb), »Holodomor«-im Bundestag (Rainer Dörrenbecher), Kontinuität deutscher Außenpolitik (Rudolph Bauer), Vergessener Massenmord in Indonesien (John Roosa), Polykrise und die Linke (Peter Mertens)

Einzelheft:
12,50 €

Im Abonnement:
9,00/6,00 €

Journalistenverband, Experten des Europarats und der Internet Association of Ukraine scharf kritisiert.

Der Europäische Journalistenverband bezeichnete dieses Dokument als »würdig der schlimmsten autoritären Regime«, und der Nationale Journalistenverband der Ukraine ist der Ansicht, dass »das Gesetz nicht die Regulierung der Mediensphäre vorsieht, sondern in Wirklichkeit die Schaffung von Unterordnungsverhältnissen, wenn die Medien unter die Kontrolle der Behörden geraten«.

Warum wollte die Regierung die Medien vollständig unterjochen? Aus demselben Grund, aus dem Diktatoren auf der ganzen Welt und zu allen Zeiten dies getan haben und tun. Damit die Gesellschaft so wenig wie möglich über das gigantische Ausmaß der Korruption an der Macht und den Diebstahl internationaler Hilfsgelder, über die Schließung unabhängiger Medien, über Repressionen gegen die Opposition, über die Privilegien der Oligarchen und die Armut der Mehrheit der Bürger erfährt.

Das von der derzeitigen ukrainischen Regierung verabschiedete Mediengesetz ist ein Gesetz gegen die Medien, gegen die Redefreiheit und gegen die Wahrheit. Es muss aufgehoben werden, und wir rufen zum Kampf für die Abschaffung dieses Gesetzes für alle auf, für die das Recht, eine Meinung zu haben und diese frei zu äußern, wirklich wichtig ist. ■

Nach dem Sturm, eine neue Zeit

Miguel Torres und João Carlos Juruna, Forca Sindical (Brasilien)

Um die Bedeutung der Wahlen von 2022 in Brasilien unter dem Gesichtspunkt der Arbeitnehmerinteressen zu bewerten, müssen wir den gesamten politischen Kontext, der sich seit fünfzehn Jahren entwickelt hat, die Veränderungen in der Arbeitswelt und die Beziehung zwischen der politischen Instabilität des Landes und der Aufrechterhaltung des demokratischen Regimes berücksichtigen. So können wir den gegenwärtigen Moment als Ergebnis der Auswirkungen der Krise von 2008 und einer Art Suche nach der Rettung der politischen Normalität analysieren.

Auf diese Krise folgten, nach einer Kettenreaktion der lokalen Wirtschaft und der Verbreitung von Smartphones und sozialen Netzwerken, massive Proteste wie die als Arabischer Frühling bekannten Ereignisse vom Dezember 2010, Occupy Wall Street im Jahr 2011 und Juni 2013 in Brasilien (sowie andere auf der ganzen Welt, wie in der Ukraine im Jahr 2014). Einerseits schienen diese Demonstrationen nur ein spontaner Volksaufstand zu sein, andererseits hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, dass die meisten von ihnen von privaten und rechten Organisationen vereinnahmt wurden und einen im Wesentlichen gegen das Establishment und die herrschende Politik gerichteten Charakter annahmen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass das Aufkommen von Smartphones, die wie Taschencomputer funktionieren, und von sozialen Netzwerken, die die Bevölkerung von einer Stunde auf die andere in ständiger Verbindung halten, einen starken Einfluss auf den Verlauf der Krise hatte. Die Gadgets und die sozialen Netze (Haupttriebkraft der Ereignisse), haben den liberalen Charakter der

Freiverkäufer*innen gesucht

Wir suchen Leserinnen und Leser, die in ihrem persönlichen, politischen, gewerkschaftlichen Umfeld Marxistische Blätter verkaufen.

Kontakt: Lothar Geisler,
log@neue-impulse-verlag.de

Megademonstrationen, die sich in der ganzen Welt ausbreiteten, noch weiter vertieft und den mobilisierenden Platz von Parteien und Bewegungen eingenommen.

In Brasilien waren die Tage im Juni 2013 ein Meilenstein, von dem aus eine antipolitische Offensive gestartet wurde, die sich auch gegen die Linke und die sozialen Bewegungen richtete. Die Proteste im Zusammenhang mit der Erhöhung der Bustarife in der Hauptstadt São Paulo lösten eine Welle von Demonstrationen im ganzen Land aus, mit einer größeren Konzentration in São Paulo, Rio de Janeiro und Brasilia. Wir befanden uns noch in der ersten Amtszeit von Präsidentin Dilma Rousseff, und die Regierung brauchte einige Zeit, um das Ausmaß des Ereignisses zu begreifen und zu reagieren. Dilma wurde 2014 mit knappem Vorsprung wiedergewählt und sah sich von Beginn ihrer zweiten Amtszeit an einer starken Opposition gegenüber. Der Aufstieg der extremen Rechten und der neoliberalen Agenda vollzog sich von da an rasant.

Die Krise von 2008 und die soziale Katharsis vom Juni 2013 schufen in Brasilien die Voraussetzungen für die Amtsenthebung von Präsidentin Dilma Rousseff und den Amtsantritt der Regierung von Michel Temer, die neoliberale Reformen mit einem weitgehenden Abbau sozialer Rechte vorantrieb. Dies war das Szenario, das 2018 den Weg für die Wahl von Jair Bolsonaro ebnete, einem Kongressabgeordneten, der sich als »System-Gegner« präsentierte. Trotz der Interessen, die eine solche Offensive begünstigten, sahen die meisten Wähler in Bolsonaros Außenseiter-Image die Antwort auf die intensive Propaganda, die Politik und soziale Bewegungen verurteilt.

Die Wahlen 2018 waren tragisch für die arbeitenden Menschen und das progressive Lager. Mit einem Wahlkampf, der auf Versprechungen liberaler Reformen in der Wirtschaft und konservativer Agenden in der Zoll- und Steuerpolitik basierte, sowie einem trügerischen Diskurs, der den Kampf gegen Korruption und das politische System selbst predigte, wurde Bolsonaro

im Oktober 2018 im zweiten Wahlgang gegen Fernando Haddad von der Arbeiterpartei (PT) gewählt. Sein Sieg bedeutete die Krönung der brasilianischen extremen Rechten.

Die Arbeitsreform und ihr sklavischer Charakter

Noch unter der Regierung Temer wurde die Arbeitsreform 2017 im Zuge von Angriffen auf die Rolle des Staates, der Politik und insbesondere der Gewerkschaftsbewegung verabschiedet. Sie kam mit der Maske der Modernisierung, der Entbürokratisierung und der Schaffung von Arbeitsplätzen daher, aber ihr Inhalt war eine Synthese des rückschrittlichen Projekts, das bereits im Gange war. Es war die größte Demontage der Konsolidierung des Arbeitsrechts (Consolidation of Labour Laws – CLT) auf einen Schlag seit ihrer Einführung im Jahr 1943 und ein bedeutender Schlag der Finanzmarktelite gegen die arbeitenden Menschen.

Im Parlament gab es keinen Widerstand, der die Reform hätte eindämmen können, und der Widerstand der Bevölkerung war gering, da die Bewegungen aus einem Prozess der Verluste und der Demobilisierung hervorgingen.

Doch heute, nach mehr als fünf Jahren der Reform, ist die Verlogenheit des Diskurses, der die Umsetzung der Reform begleitete, offensichtlich. In Brasilien gibt es inzwischen mehr als 9 Millionen Arbeitslose, die informelle Arbeit hat Rekorde gebrochen, was zu prekären Arbeitsverhältnissen führt (z. B. die Arbeit von Lieferfahrern per App), das Durchschnittseinkommen der Bevölkerung senkt und die Ausbreitung von Hunger und Ausgrenzung begünstigt.

Die Befürworter der Reform, die den CLT angriffen, um die liberale Agenda durchzusetzen, beschuldigten die brasilianische Gesetzgebung, alt und überholt zu sein. In der Geschichte Brasiliens bedeutete das Arbeitsgesetz von 1943 jedoch einen Bruch mit der Sklavenmentalität, die in den Eliten und Geschäftsleuten

auch nach der Abschaffung der Sklaverei im Jahr 1888 weiterlebte.

Wir leben immer noch mit den Nachwirkungen von mehr als 300 Jahren Sklaverei. Diese Folgeerscheinungen äußern sich sowohl in einer Form von Rassismus als auch in der Vorstellung, dass Arbeitnehmer keine Rechte brauchen und sozial nicht aufsteigen sollten. Es besteht ein Missverhältnis zwischen der Dauer des Bestehens des CLT und der Dauer der Sklaverei in Brasilien.

Die Schlussfolgerung ist, dass die CLT nicht alt ist. Im Gegenteil, sie ist das Ergebnis der Organisation der Arbeitnehmer zur Verteidigung ihrer Rechte und markiert einen Prozess der Industrialisierung, Urbanisierung und Modernisierung des Landes. Im Mai 2023 wird das CLT 80 Jahre alt. Erst seit 80 Jahren hat der Arbeitnehmer Zugang zu Sicherheit und sozialem Schutz, während die Masse der Arbeiter mehr als 300 Jahre lang keine Rechte hatte, weil sie Sklaven, d. h. Eigentum des Arbeitgebers waren.

Wenn einerseits die CLT die Bildung einer Mittelklasse, die Produkte und Dienstleistungen konsumiert, ermöglichte und der arbeitenden Bevölkerung die Staatsbürgerschaft verlieh, so führte andererseits ihre Demontage, die sich vor allem in der Arbeitsreform niederschlug, in die entgegengesetzte Richtung, indem sie die Bevölkerung aus der Mittelklasse entfernte und sie in die Armut stürzte.

Deindustrialisierung

Die Arbeitsmarktreform 2017 hatte eine Wirkung, die der von ihr gepredigten Modernität zuwiderlief. Angefangen bei der brasilianischen Industrialisierung, die an Schwung verlor und auf der Weltbühne noch kleiner wurde, wie mehrere Studien zeigen.

Daten der Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung (UNIDO) zeigen, dass Brasilien zwischen 2005 und 2020 aus der Gruppe der zehn größten Industriestandorte der Welt ausschied und in der glo-

balen Industrialisierungsrangliste von Platz 9 auf Platz 14 abstieg.

Eine von der National Confederation of Trade in Goods, Services and Tourism (CNC) im Auftrag der Zeitung O Estado de São Paulo durchgeführte Umfrage ergab die schockierende Tatsache, dass Brasilien zwischen 2015 und 2020 insgesamt 36.600 Industriebetriebe verloren hat, wobei die Fälle von Ford, Mercedes-Benz, LG und Sony und die gesamte Produktionskette um sie herum am deutlichsten sind.

Besorgniserregende Daten über die Deindustrialisierung wurden auch in einer Studie des Zentrums für regionale Entwicklung und Planung (Cedeplar) der Bundesuniversität von Minas Gerais (UFMG) ermittelt. Laut der Studie sank die Zahl der wettbewerbsfähigen Industrien im Land zwischen 2016 und 2020 von 196 auf 167, während der Anteil der mit der Agrarindustrie verbundenen Primärprodukte von 37,2 % auf 44,3 % stieg.

Eine Studie des Institute for Industrial Development Studies (IEDI), die im September 2021 veröffentlicht wurde, zeigt, dass es anders als in Brasilien keinen allgemeinen Prozess der Deindustrialisierung in der Welt gibt. Die Regierungen hoch industrialisierter Länder wie der USA, Chinas und der Länder der Europäischen Union, die durch die Pandemie große Verluste erlitten, investierten in Konjunkturprogramme, um die Krise zu überwinden und die wirtschaftliche Dynamik zu stärken.

Im Gegensatz zu diesen Maßnahmen haben die Maßnahmen der Regierung Bolsonaro, die auf dem Fehlen von Anreizen, der geringen Wirksamkeit der auf Innovation, Produktivität, Wettbewerbsfähigkeit und internationale Integration ausgerichteten Maßnahmen und dem Mangel an Infrastrukturen beruhen, Investitionen abgeschreckt, den Markt abgekühlt und die Gesellschaft verarmt.

Während Industrie 4.0 und die Sorge um grüne Arbeitsplätze in Ländern, mit denen wir früher um einen Platz unter den zehn am stärksten industrialisierten Ländern konkurrierten, bereits Realität sind, waren die Re-

gierungen Temer und Bolsonaro durch die Stärkung der Position Brasiliens in der Welt als Exporteur von Rohstoffen und Importeur von Technologie gekennzeichnet. Dies ist keine Bestimmung, sondern eine Entscheidung der Regierung, das Wachstum einzudämmen und die Arbeitnehmer herabzustufen, da die Industrie der Sektor ist, der die besten Arbeitsplätze mit höheren Einkommen und größerer Rechtssicherheit bietet.

Wachstum des Hungers

Diese ganze Bewegung, die sich seit der Krise von 2008 entwickelt hat, hatte eine starke Basis, die sich in mehreren Ländern ausbreitete und es schaffte, ein Projekt der Macht zu fördern. Aber sie stieß auf die Realität und stolperte über die damit verbundenen Schwierigkeiten.

Eine im Juni 2022 veröffentlichte Studie von Oxfam Brasilien ergab, dass in Brasilien 33 Millionen Menschen hungern. Der Studie zufolge wurden die Probleme, die sich aus der Pandemie und dem Missmanagement der Regierung Bolsonaro ergaben, durch liberale Reformen wie die Arbeitsmarktreform noch verschärft.

Mit anderen Worten: Das Wachstum der extremen Rechten und die neoliberale Agenda boten keine Lösungen für die grundlegendsten und unmittelbarsten Probleme der Bevölkerung. Im Gegenteil, sie hat die Probleme noch verschärft. Und heute stehen wieder progressive Ideen im Mittelpunkt der öffentlichen Debatte.

Eine im Juni 2022 veröffentlichte Umfrage des Datafolha-Instituts ergab, dass die Identifikation der Brasilianer mit der Linken zugenommen hat und nun 49 % beträgt, während die Rechte zurückgegangen ist und 34 % ausmacht.

Im Jahr 2014, als dieser Prozess der Rechtsexpansion und der von den sozialen Netzwerken aufgeblasenen Megamanifestationen seinen Höhepunkt erreichte, identifizierten sich 45 % mit der Rechten und 35 % mit der Linken.

Die Umfrage zeigt auch, dass die Zahl der Personen, die der Meinung sind, dass die Ge-

werkschaften wichtig sind, um die Interessen der Arbeitnehmer zu verteidigen, von 38 auf 47 % gestiegen ist. Mit anderen Worten: Nach der Reform hat sich das Image der Gewerkschaften verbessert.

Die Notwendigkeit einer neuen Ära

Dies war der Hintergrund für die Wahlen im Jahr 2022. Der Aufbau einer breiten Front war von grundlegender Bedeutung, um einen Kandidaten zu wählen, der sich für die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, die Aufwertung des Mindestlohns, öffentliche Dienstleistungen – insbesondere das Einheitliche Gesundheitssystem (SUS) –, Anreize für Unternehmen, insbesondere für Kleinst- und Kleinunternehmen, eine positive Politik der sozialen Eingliederung, die Beteiligung an Vereinbarungen und globalen Entscheidungen zum Schutz der Umwelt und die Erhaltung der Demokratie einsetzt.

Mit seiner Fähigkeit, seine Anliegen zu vermitteln, ist es Präsident Lula gelungen, den Widerstand in den Sektoren zu verringern, die sich zuvor gegen ihn gestellt hatten, wie z. B. in den Organen der Mainstream-Presse und sogar bei Persönlichkeiten des Marktes. Menschen und Sektoren, die erkannt haben, dass diese Entwicklung irreführend war, dass sie falsch war, dass sie zu Bolsonaro geführt hat, was eine Katastrophe war, und die ihre Positionen ebenfalls revidiert haben.

Die feierliche Amtseinführung am 1. Januar 2023, bei der das Volk stark vertreten war, markiert den Wandel, den das Land braucht. Erstaunlich ist jedoch, dass Präsident Lula mit knappem Vorsprung gewonnen hat, zumal Bolsonaro eine so erbärmliche Person ist. Dies zeigt, dass wir immer noch in einem instabilen Umfeld leben, das von starken Gegensätzen geprägt ist. Die letzten Monate haben gezeigt, dass die Demokratie gewonnen hat, dass aber die extreme Rechte gestärkt und besser organisiert aus der Regierung Bolsonaro hervorgeht.

Gewerkschaftsbewegung

Die Gewerkschaftsbewegung hat in all diesen Jahren des politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verfalls viel verloren. Es war eine Zeit des enormen Widerstands, der Arbeit und der Debatten, die von den brasilianischen Gewerkschaftsdachverbänden noch mehr Einigkeit verlangte. Doch trotz der Demontage durch die Arbeitsmarktreform konnte die Gewerkschaftsbewegung dank des Engagements der Gewerkschaftsmitglieder für die Beschäftigten aktiv bleiben.

Während der gesamten Zeit seit dem Sturz der PT-Regierung durch ein zweifelhaftes Amtsenthebungsverfahren bis zur Wahl Lulas im Jahr 2022 haben die Gewerkschafter und insbesondere die zentralen Gewerkschaften hart gearbeitet, um den Putsch zu bekämpfen, die Demokratie zu sichern und sich vor allem für die Entwicklung des Landes auf der Grundlage der Interessen des Volkes einzusetzen.

In dieser Zeit des Wandels besteht die Perspektive darin, dass ein Teil des politischen Kampfes darin besteht, die Verluste angesichts der Rückschläge, die Brasilien in den letzten Jahren erlitten hat, wieder aufzuholen. Der Kampf gegen Hunger und Armut und die Schaffung von Ernährungssicherheit müssen in dieser Zeit, die gerade erst begonnen hat, ebenso zu den Prioritäten der Gewerkschaften gehören wie der Kampf gegen die Deindustrialisierung, die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen und die Anhebung des Mindestlohns.

Die Maßnahmen des spanischen Präsidenten Pedro Sánchez zur Reform des Arbeitsmarktes sind ein Vorbild für Brasilien. Sánchez war bestrebt, durch Verhandlungen mit der Regierung, den Arbeitnehmern und den Arbeitgebern die für die Arbeitnehmer nachteiligen Punkte rückgängig zu machen und die Rolle der Gewerkschaften, Tarifverhandlungen und unbefristete Verträge zu stärken. Dies ist ein Weg für Brasilien.

Da die Regierung noch nicht einmal einen Monat im Amt ist, ist es für eine Prognose noch zu früh. Das Klima der Instabilität und die Bedrohung der Demokratie sind immer noch sehr präsent. Nur eine Woche nach der Amtseinführung des Präsidenten wurde Brasilien von einer großen, offen putschenden Demonstration terrorisiert, die sich bereits seit Bolsonaros Niederlage organisiert hatte. Die Begründungen für solche Taten sind besorgniserregend, da sie zeigen, dass es in dem Land eine Bewegung gibt, die auf Rückständigkeit, Autoritarismus und die Vertiefung der sozialen Ungleichheit abzielt.

Es liegt nun an uns, dafür zu sorgen, dass diese rückschrittliche Bewegung nicht gedeiht, so wie wir hart für den Sieg der Demokratie an den Wahlurnen gearbeitet haben. Und trotz der Putschdemonstrationen weht zum ersten Mal seit dem Sturz von Dilma Rousseff der Wind zugunsten der progressiven Kräfte, und die internationale Bereitschaft zur Unterstützung der brasilianischen Demokratie ist groß.

Nach derzeitiger Auffassung haben wir das Ende eines Zyklus erreicht, der vor zehn Jahren begann, wenn wir die Auswirkungen der Demonstrationen vom Juni 2013 betrachten, oder vor 15 Jahren, wenn wir die internationale Krise von 2008 betrachten. Wie auch immer, der Sturm hatte Zeit, sich zu formieren, sich zu beruhigen, die Gesellschaft zu erschüttern und großen Schaden anzurichten. Es war auch Zeit für die Bevölkerung, auf die eine oder andere Weise die politischen Tricks zu verstehen, die zu diesem Prozess geführt haben. So sehr, dass Luiz Inácio Lula da Silva nach all den Verfolgungen, denen er als größter Führer des progressiven Lagers in Brasilien ausgesetzt war, erneut zum Präsidenten gewählt wurde.

Wir beginnen nun einen neuen Zyklus, mit mehr Reife und Kraft, um voranzukommen. ■

(Arbeitsübersetzung aus dem Portugiesischen.)